

Flüchtlinge aus Dafur in Israel

Seit einigen Jahren ist Israel ein Ziel für **Flüchtlinge insbesondere aus afrikanischen Ländern**. Der Grund warum es primär Flüchtlinge aus Afrika sind, ist wohl zunächst geographisch. Die Menschen müssen nach Ägypten kommen, um sich von dort durch Menschenhändlerorganisationen über die Grenze nach Israel schmuggeln zu lassen. Auch ist anzunehmen, dass Israel – angesichts der Tatsache, dass hier Asylsuchende noch weniger willkommen sind, als in vielen anderen Ländern – eher das Ziel der ärmeren und verzweifelteren Flüchtlinge ist, die sonst kaum eine andere Wahl haben. Ein weiterer Grund kann darin liegen, dass aus Afrika stammende Menschen, als legale oder illegale Arbeitskräfte, in Israel zeitweise leben oder gelebt haben. Die Hoffnung im Asyl Menschen mit ähnlichem sprachlichen oder kulturellen Hintergrund anzutreffen, mag vielleicht auch erklären, warum auch Flüchtlinge aus nahöstlichen Ländern in Israel um Asyl ansuchen, wenn auch in geringeren Zahlen als Menschen aus Afrika. Ein zusätzlicher, wohl nicht unwichtiger Punkt für christliche Flüchtlinge ist die Vorstellung vom “Heiligen Land”. Der Anstieg der Flüchtlingszahlen ist lediglich eine Entwicklung der letzten Jahren.

Das UN-Flüchtlingskommissariat (UNHCR) in Israel, das seit 25 Jahren hier arbeitet, bekam in den ersten 17 Jahren seiner Tätigkeit wenige Asylanträge. Insgesamt wurden in diesen Zeitraum lediglich 60-70 Asylsuchende anerkannt, meist aus Äthiopien stammenden Menschen. AsylbewerberInnen erhalten aufgrund eines Verwaltungsentscheids Aufenthaltsrecht und eine Arbeitserlaubnis. Obwohl Israel die Flüchtlingskonvention (1951) unterzeichnet hat, hat es immer noch kein Gesetz, das das Asylrecht regelt. In den letzten 8 Jahren hat eine steigende Zahl von Asylsuchenden die **Einrichtung eines ständigen UNHCR-Büros in Jerusalem** erforderlich gemacht. Aufgrund von Verhandlungen mit der israelischen Regierung konnte im Januar 2002 eine Arbeitsteilung erzielt werden. Demnach ist das UNHCR-Büro für die erste Stufe des Asylverfahrens verantwortlich: Es sieht die Asylanträge durch und interviewt die Asylsuchenden. Auf dieser Grundlage gibt es eine Empfehlung zur Entscheidung, die einer israelischen Kommission vorgelegt wird. Der **Kommission**, unter dem Vorsitz eines Richters, gehören Vertreter von Innen-, Außen- und Justizministerium an. Aufgrund der vom UNHCR-Büro vorgelegten Akten spricht die Kommission ihre Empfehlung gegenüber der Regierung aus. In den letzten 8 Jahren (bis Juli 2007) hat das UNHCR-Büro in Israel ca. 6000 Asylanträge bearbeitet, wobei insbesondere Menschen aus Sierra Leone, Liberia, dem Kongo, der Elfenbeinküste und Togo Asylantenstatus erhielten. Seit Anfang 2006 ist ein weiterer deutlicher Anstieg zu verzeichnen, der insbesondere einer Welle von “Wirtschaftsflüchtlingen”, d.h. Menschen auf der Suche nach besseren (Über-)Lebensbedingungen, aus dem Sudan zugeschrieben wird. Im Februar 2007 musste eine **Zweigstelle des UNHCR-Büros in Tel Aviv** eröffnet werden. In der ersten Hälfte des Jahres 2007 kamen monatlich 200-300 neue Flüchtlinge in Israel an, die meist durch die Sinai Halbinsel von Ägypten aus eingeschmuggelt wurden.¹ In der zweiten Hälfte des Jahres sind die Zahlen weiter gestiegen. Allein in den letzten zwei Monaten kamen ca. 1000 weitere Asylsuchende.²

Wie auf vielen anderen Gebieten zeichnen sich die israelischen offiziellen Stellen durch ihre **Passivität** angesichts dieser eindeutig zunehmenden Flüchtlingskrise aus. Viele der durch Menschenhändler eingeschmuggelten Flüchtlinge werden von der israelischen Armee und dem Grenzschutz gefasst, die dann allerdings nicht wissen, was sie mit ihnen machen sollen. Die offizielle "Lösung" ist, sie im **Kezyot Gefängnis** für palästinensische "Sicherheitsgefangene" unterzubringen. Derzeit befinden sich dort fast 1000 sudanesisch-flüchtlinge. Das Gefängnis hat einen gesonderten Bereich für Frauen und Kinder eingerichtet, während die Männer zusammen mit den palästinensischen Gefangenen inhaftiert sind. Ausserdem wird neben dem Gefängnis ein weiteres Zeltlager (für Männer, Frauen und Kinder) errichtet, das bald fertig sein soll. Anfang Dezember 2007 hat die Gefängnisverwaltung davor gewarnt, dass sie aus Platzmangel bald keine weiteren Flüchtlinge mehr aufnehmen kann. Ein paar Tage vorher hatte eine Militäreinheit 15 sudanesisch-flüchtlinge einfach auf der Schnellstrasse zwischen Be'er Sheva und Dimona ausgesetzt, weil – nach IDF Stellungnahme – keine offizielle Stelle bereit war, die Flüchtlinge zu übernehmen.³ Ähnlich hat eine Einheit des Grenzschutzes dutzende von Flüchtlingen vor den Gefängnistoren ausgesetzt. Die Gefängnisverwaltung blieb unnachgiebig und die Flüchtlinge wurden zur Armee zurück gebracht, die sie dann "vorübergehend" in einem Soldatenheim in Be'er Sheva untergebrachte.⁴

Fehlende staatliche Institutionen bei gleichzeitiger öffentlicher Anteilnahme mit den Opfern des Völkermords in Darfur haben zu ad hoc Übergangslösungen geführt. So hat die Stadt Eilat ca. 800 Flüchtlinge aufgenommen, eine Reihe von Kibbutzim und Moshavim haben einige Flüchtlinge aufgenommen,⁵ ein Einwanderungszentrum im Negev wurde für die Flüchtlinge bereitgestellt, und verschiedene private Initiativen bemühen sich um die Unterbringung von Flüchtlingen.⁶ Ein Beispiel für eine solche private Initiative ist das **African Refugee Development Center (ARDC)**, eine 2004 gegründete Selbsthilfeorganisation zur Unterstützung von afrikanischen Flüchtlingen and Asylsuchenden in Israel.⁷ Trotz seiner sehr beschränkten finanziellen Mittel bemüht sich das Center in den letzten 5 Monaten darum, Unterkünfte für Flüchtlinge in Tel Aviv bereitzustellen. Derzeit leben in den beiden "Heimen" des Centers in der Nähe des Tel Aviver Busbahnhofs mehr als 300 Menschen, die meist aus Eritrea, Darfur/Sudan und der Elfenbeinküste stammen, in fuchtbaren Bedingungen (eine Toilette für 170 Menschen, Regale als Betten). Das Center bemüht sich darum, weitere Räumlichkeiten zu mieten. Seine finanziellen Mittel reichen nicht dazu aus, die Flüchtlinge mit Essen zu versorgen. Die meisten Flüchtlinge haben kein Geld (was sie hatten, haben sie Menschenhändlern, die sie über die Grenze im Sinai eingeschmuggelt haben, gezahlt) und sie sind auch – mit Ausnahme der Darfur Flüchtlinge, die eine Arbeitsgenehmigung erhalten können – nicht berechtigt zu arbeiten.⁸

Selbst wenn Unterkunft und Verpflegung (und für Darfur Flüchtlinge sogar Arbeits-erlaubnis) gesichert sind, bleiben viele grundlegende Probleme ungelöst. So haben die Flüchtlinge **keine Krankenversicherung**. Durch die Öffentlichkeit, die den Darfur Flüchtlingen zuteil wird, ist die gegenwärtige Situation besser als gewöhnlich. Neben der medizinischen Versorgung, die von der Menschenrechtsgruppe Physicians for Human Rights angeboten werden kann,⁹ hat sich das Soroka Medical Center in Be'er Sheva bereit erklärt, Notfälle zu behandeln, und die Maccabi Krankenkasse hat angeboten,

Routineuntersuchungen von schwangeren Frauen zu übernehmen. Auch gibt es einzelne Ärzte, die kostenlos behandeln, sowie private Spender. Aber all dies löst natürlich nicht das grundlegende Problem. Völlig ungelöst ist auch die Frage des Schulbesuches für die Flüchtlingskinder.¹⁰

Darüberhinaus bleibt die zentrale Grundfrage weiterhin ungeklärt, nämlich die **offizielle Regelung des Flüchtlingsstatus**. Wie erwähnt gibt es in Israel immer noch keine gesetzliche Regelung des Asylrechts. Angesichts der wachsenden Flüchtlingszahlen in den letzten Jahren haben die **Physicians for Human Rights** in Zusammenarbeit mit einer **Projektgruppe der Juristischen Fakultät der Tel Aviv Universität**, die sich auch um die juristische Beratung von Flüchtlingen kümmert (**“Refugee Rights Clinic”**),¹¹ eine Studie ausgearbeitet, die nicht nur die gegenwärtigen Mängel analysiert, sondern auch konkrete Lösungsvorschläge unterbreitet.¹² Obwohl die Studie international weite Anerkennung gefunden hat, haben die israelische Regierung und die Knesset noch keinen wirklichen Gebrauch von ihr gemacht. Nach Einschätzung des UNHCR-Büros in Israel soll die gesetzliche Regelung aufgeschoben werden, bis die Darfur-Krise gelöst ist.¹³ Bis dahin wird nach **Zwischenlösungen** gesucht, und Gesetzesinitiativen, wie die von Ophir Pines-Paz (Arbeitspartei) und Dov Khenin (Demokratische Front) vom November 2007 haben gegenwärtig keine Chance.¹⁴

Angesichts des Ausmasses der Darfur-Krise (nach UN Schätzungen wurden seit Beginn der Kämpfe in der Darfur Region im westlichen Sudan in 2003 mehr als 200 000 Menschen getötet und 2,5 Millionen Menschen sind auf der Flucht) war und ist Israel nicht daran interessiert, ein Flüchtlingsziel zu werden. Premierminister Ehud Olmert erklärte im Juli 2007, ankommende Flüchtlinge würden zurückgeschickt.¹⁵ Allerdings musste die Regierung ihre Position danach ändern, zum Teil angesichts der **Solidarität der israelischen Öffentlichkeit** mit den Opfern, aber ganz besonders auch unter dem **Druck der Anti-Defamation League und anderer jüdischer Organisationen in den USA**.¹⁶ Sowohl in Israel als auch in den USA ist das starke Engagement wohl auf dem Entsetzen über die Greultaten in Darfur und über das völlige Versagen „der Welt“ angesichts des Völkermords gegründet. Die Anwesenheit der Flüchtlinge in Israel konkretisiert (und verstärkt) das Mitgefühl und die moralische Verpflichtung zur Hilfe. Da der Sudan kein mit den USA verbündeter Staat ist, wird das Engagement der dortigen jüdischen Organisationen auch nicht durch eventuelle außenpolitische Rücksichtnahme gedrosselt. Angesichts dieser Situation erklärte der israelisch Innenminister Meir Sheerit Anfang September, dass Israel einigen Hunderten von Darfur Flüchtlingen die Staatsbürgerschaft verleihen werde.¹⁷ Auch Ehud Olmert versprach, dass das Innenministerium in Zusammenarbeit mit dem Verteidigungsministerium die Namen aller aus Afrika stammenden Flüchtlinge in Israel erfassen und dann entscheiden werde, wer von ihnen bleiben könne. Nach den jetzigen Plänen sollen nur „wirkliche“ Flüchtlinge aus Darfur bleiben können, während Arbeitsemigranten und andere afrikanische Flüchtlinge nach Ägypten abgeschoben werden sollen. Bisher ist dies noch nicht geschehen. Das Hauptproblem dürfte die **fehlende ägyptische Zustimmung** sein, trotz gegenteiliger Verlautbarungen von israelischer Regierungsseite. Nach einer Stellungnahme des ägyptischen Außenministeriums ist Ägypten nicht bereit, diese Flüchtlinge aufzunehmen.¹⁸

Diese ungeklärte Situation besteht schon seit einigen Monaten. Im Juli 2007 gab Olmert bekannt, jeder Flüchtling, der von Ägypten aus nach Israel komme, werde nach Ägypten zurückgeschickt. Er konnte nach seinen eingetragenen Angaben diesbezüglich mit dem ägyptischen Präsidenten Hosni Mubarak eine Vereinbarung treffen.¹⁹ Dies wurde allerdings von ägyptischer Seite dementiert.²⁰ Nach verschiedenen Berichten hat Israel nach Alternativen gesucht. So sollen Verhandlungen über eine mögliche Ausweisung von sudanesischen Flüchtlingen nach Kenia geführt worden sein, allerdings ohne Erfolg.²¹ Mangels Alternativen hält die israelische Regierung an ihrer Version eines **Abkommens mit der ägyptischen Regierung** fest. Am 19. August 2007 hat die israelische Armee 48 Flüchtlinge (einschließlich Kindern) aus Afrika, meist dem Sudan, die auf israelischen Territorium gefasst wurden, in einer – wie es hier heißt: “hot deportation” Maßnahme (ohne Anhörung, und innerhalb von 24 Stunden seit ihrer Ankunft) über die Grenze nach Ägypten abgeschoben. Dort wurden sie von ägyptischen Sicherheitskräften verhaftet. Seitdem sind sie nach UNHCR-Angaben nicht auffindbar. Nach Angaben von Familienangehörigen wurden einige der sudanesischen Flüchtlinge nach mehr oder minder langem Gefängnisaufenthalt in den Sudan abgeschoben.²² Was auch immer der Grund war, warum diese Menschen ursprünglich aus dem Sudan geflohen sind, ein noch so kurzer Aufenthalt in Israel bedeutet eine zusätzliche Gefahr für sie bei ihrer (unfreiwilligen) Rückkehr. Israel ist nicht nur “feindliches Ausland,” sondern wird offiziell von der sudanesischen Regierung beschuldigt, die Rebellen im Westen der Darfur Region zu unterstützen.²³ Darüberhinaus gibt es auch einen nach Einschätzung der African Middle East Refugee Assistance group glaubwürdigen Bericht über die Folterung eines dieser Flüchtlinge in ägyptischer Haft. Die israelische Nichtregierungsorganisation Hotline for Migrant Workers und die Refugees Rights Clinic der Tel Aviv Universität haben gegen diese Abschiebung das Oberste Gericht angerufen. In der ersten Anhörung hat der Vertreter der Regierung die Abschiebungspolitik verteidigt. Nach seiner Aussage hat die israelische Regierung ein mündliches Versprechen von Ägypten erhalten, dass dort die abgeschobenen Flüchtlinge gut behandelt würden. Weiterhin argumentierte er, dass in den israelisch-ägyptischen Beziehungen eine geordnete schriftliche Regelung von Deportationsfragen, wie sie etwa zwischen den USA und Kanada bestehe, nicht erwartet werden könne.²⁴

Es besteht kein Zweifel daran, dass Israel nicht für die **Krise in Darfur** verantwortlich ist. Und es ist sicher auch richtig, dass viele der Flüchtlinge trotz der damit verbundenen Gefahren nach Israel kommen, weil die **Lebensbedingungen für Flüchtlinge in Ägypten** sehr schlecht sind, was nicht nur dem fehlenden Willen der ägyptischen Regierung zuzuschreiben ist, sondern auch zu einem beträchtlichen Teil mangelnden Mitteln. Auch besteht die Gefahr, dass **Ägypten** sein eigenes Flüchtlingsproblem dadurch zu mindern sucht, dass es Flüchtlinge in den Sudan abschiebt, obwohl dies ein eindeutiger Verstoß gegen das internationale Recht ist. Nach Meinungen in der hiesigen öffentlichen Debatte ändert all dies nichts an der **israelischen Verantwortung für die Flüchtlinge, die sich in Israel befinden**.²⁵ Von Regierungsseite wird dem nicht mehr widersprochen, allerdings fehlt es weiterhin an den notwendigen Schritten zur Umsetzung. Da nicht nur die israelische Öffentlichkeit sondern auch einflussreiche jüdische Organisationen in den USA positive Massnahmen fordern, können Flüchtlinge

aus Darfur wohl darauf hoffen, dass sie eines Tages die israelische Staatsbürgerschaft erhalten werden. Gleichzeitig kann diese Entwicklung allerdings bedeuten, dass sich die **Chancen für andere (afrikanische) Flüchtlinge in Israel**, die ohnehin nie gut waren, noch weiter verschlechtern. Es ist nicht ausgeschlossen, dass die Regierung ihre Zugeständnisse in der Darfur-Frage durch noch größere Härte gegenüber anderen Flüchtlingen und Asylsuchenden "ausgleicht".

Ursula Wokoek
29. Dez. 2007

¹ Mickey Bavly, Honorary UNHCR Representative in Jerusalem, "UNHCR News Stories: Q&A: Growing caseload of asylum seekers for UNHCR offices in Israel" (13. Juli 2007), <http://www.unhcr.org/news/NEWS/469797404.html>.

² Vered Lee, "Influx of African refugees puts strain on Tel Aviv's shelters," *Ha'aretz*, 24. Dec. 2007.

³ Mijal Grinberg, "Prison Service: No more space to absorb Sudanese refugees," *Ha'aretz*, 2. Dec. 2007.

⁴ Mijal Grinberg, "Sudanese refugees wait to find out who can stay, who must go," *Ha'aretz*, 30 Nov. 2007.

⁵ Die Lebensumstände der Flüchtlinge können in diesem Rahmen sehr unterschiedlich sein. Zum Teil steht die Hilfe für Flüchtlinge (oft Familien) um Vordergrund; zum Teil gilt das Interesse lediglich den billigen Arbeitskräften. Siehe zum Beispiel: David Wainer, "From Darfur to a kibbutz oasis," *Ha'aretz*, 23. Oct. 2007; Nurit Wurgaft, "Exploitation, or jail," *Ha'aretz*, 27. Oct. 2007.

⁶ Grinberg, "Sudanese refugees wait."

⁷ <http://www.ardc-israel.org>.

⁸ Lee, "Influx of African refugees." Arbeitsgenehmigungen für Darfur Flüchtlinge ist wohl ein Teil ihrer privilegierten Stellung (im September 2007 wurde ihnen im Prinzip die Staatsbürgerschaft versprochen). Darüberhinaus gibt es auch einen rein praktischen Grund: da es nicht genügend öffentliche Unterbringungsmöglichkeiten gibt, sind die Behörden darauf angewiesen, dass private Institutionen oder Einzelpersonen Flüchtlinge "übernehmen". Ein Anreiz dazu sind die Arbeitskräfte.

⁹ <http://www.phr.org.il>.

¹⁰ Grinberg, "Sudanese refugees wait."

¹¹ Für ein Beispiel individueller Hilfe siehe, Nurit Wurgaft, "From Eritrea to Be'er Sheva," *Ha'aretz* 19. June 2007.

¹² <http://www.tau.ac.il/law/clinics/english/frames.html?main=refugees.html>.

¹³ Bavly, "UNHCR News Stories."

¹⁴ Tamara Traubmann, "Protesters, refugees call for better treatment of asylum-seekers," *Ha'aretz*, 4. Nov. 2007.

¹⁵ Mazal Mualem, "Israel to grant citizenship to hundreds of Darfur refugees," *Ha'aretz*, 7. Sept. 2007.

¹⁶ Barak Ravid and Nurit Wurgaft, "In face of criticism, PR campaign to explain Israel's refugee policy," *Ha'aretz*, 31. Aug. 2007.

¹⁷ Mualem, "Israel to grant citizenship."

¹⁸ Grinberg, "Sudanese refugees wait."

¹⁹ Shahaar Ilan, Ruth Sinai, Barak Ravid and Mijal Grinberg, "Olmert: Egypt vowed not to expel Sudan refugees deported from Israel," *Ha'aretz* 13. July 2007.

²⁰ Mualem, "Israel to grant citizenship."

²¹ Ilan Shahaar, "Israel considering deportation of Sudanese refugees to Kenya," *Ha'aretz*, 26. June/11. Aug. 2007.

²² Ben Lynfield, "UN official: 48 African refugees missing since deported by IDF," *Ha'aretz*, 30 Oct. 2007; Ruth Sinai and The Associated Press, "Egypt detains 8 Eritreans, 2 Darfur refugees trying to enter Israel," *Ha'aretz*, 4. Nov. 2007.

²³ Reuters, “Sudan says Darfur rebels have ties to Israel,” *Ha’aretz*, 30 Nov. 2007.

²⁴ Lynfield, “UN official.”

²⁵ Bradley Burston, “A kinship of genocide,” *Ha’aretz*, 23. Nov. 2007; Traubmann, “Protesters, refugees.”